

## Ausbeutung Made in Europe

von Bettina Musiolek

**Für viele Menschen sind es immer noch News: Menschenrechtsverstöße in der Produktion für Modemarken mit Hauptsitz in Deutschland geschehen auch vor unserer Haustür. Die Clean Clothes Campaign veröffentlicht seit 20 Jahren Recherchen zur Menschenrechtssituation in Mittelost-, Ost- und Südosteuropa sowie der Türkei. Die Coronakrise hat die Menschenrechtssituation verschlechtert – auch in Europa. Mit dem neuen Lieferkettengesetz in Deutschland und der entsprechenden Diskussion auf EU-Ebene entsteht die Frage, ob damit auch europäische Textilarbeiter\*innen ihre Rechte geltend machen können.**

Deutschland ist eine der größten Modehandelsnationen der Welt. Mittelost-, Ost- und Südosteuropa sowie die Türkei sind strategische Produktionsstandorte der Branche. So sind Modefirmen mit Hauptsitz in Deutschland die wichtigsten Auftraggeber für Mode aus der Ukraine, der Türkei, Tschechien, Ungarn und Bulgarien – und die zweitwichtigsten z.B. für Rumänien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien.

Im post-sozialistischen Osten Europas arbeiten allein in der Bekleidungsindustrie (ohne Schuhindustrie) etwa eine Million Menschen plus 1,5 Millionen in der Türkei. Unter den Marken, die in der Region herstellen lassen, befinden sich Adidas, Aldi, Armani, Benetton, Calzedonia, C&A, Dolce Gabbana, Deichmann, ESPRIT, French Connection, Gerry Weber, Givenchy, H&M, hess natur, Hugo Boss, JOOP, Kaufhof, Kenzo, Legero, Louis Vuitton, Levi Strauss, Marks & Spencer, Nike, Puma, Peter Hahn, Primark, Tom Tailor, Trussardi, Tesco, Versace, Vero Moda, Voegele und Zara.

bezahlten Arbeitsplätze innerhalb einer Bekleidungsfabrik. Zudem wird in der Regel im extrem stressenden Akkord gearbeitet. Während diese Akkord-Arbeitsplätze fast vollständig Frauen besetzen, finden sich im Management wesentlich weniger Frauen. Diese Indikatoren wie auch konkrete Berichte von Textilarbeiterinnen belegen eine flächendeckende Gender-Diskriminierung.

Die gegenwärtige Inflation hat dramatische Auswirkungen auf die Textilarbeiterinnen und -arbeiter sowie ihre Familien. Ihre materielle Lage war bereits durch die Coronakrise massiv geschwächt. Insbesondere in der Türkei verlieren die Löhne anhaltend und zunehmend an Kaufkraft.

### Drohungen und chronische Erschöpfung

Arbeiter\*innen berichteten oftmals über Drohungen, Beleidigungen, Demütigungen und Einschüchterungen. Diese Repressionen verletzen das Recht auf „gerechte und günstige Arbeitsbedingungen“ und die menschliche Würde. In der Region Mittel-, Mittelost-, Ost- und Südosteuropa nutzt das Management erstaunlich ähnliche Einschüchterungsstrategien: ‚Die Fabrik muss bald zu machen‘, ‚Dort ist die Tür‘ und andere Drohungen mit Arbeitsplatzverlust sind gängig. Fabrikbesitzer\*innen, Geschäftsführungen und Vorarbeiter\*innen entfalten ein Klima von Angst und Druck.

Die befragten Arbeiterinnen und Arbeiter sprechen einhellig von ständiger Erschöpfung und chronischer Müdigkeit. Ihr dringendster Wunsch ist es – neben einem würdigen Lohn –, sich angemessen und zusammenhängend ausruhen zu können und mehr Zeit für ihre Familien zu haben. So schildern kroatische Arbeiterinnen: „Nach Hause komme ich vollkommen erschöpft und unfähig zu irgendetwas“ oder „Freizeit habe ich überhaupt nicht. Ich muss zwei Jobs machen und noch in unserer kleinen Landwirtschaft arbeiten, damit wir genug zu essen haben“. Ihr Menschenrecht auf Gesundheit ist hierdurch



Heimnäheriewerkstatt in der Garage eines Wohnhauses  
(© Clean Clothes Campaign / Bettina Musiolek)

### Die Lohnsituation

Das Menschenrecht auf einen existenzsichernden Lohn wird durchweg verletzt. Schlimmer noch: Keine Näherin bei den untersuchten Lieferanten deutscher Modemarken verdient über der EU-Armutsschwelle. Näher\*innen erhalten in der Regel den gesetzlichen Mindestlohn. Dieser beläuft sich im Durchschnitt von 15 Ländern der Region auf 61 Prozent der von der EU-Statistikbehörde EuroStat angegebenen Armutsgrenze (2021). Bei einem Lieferanten von Esprit und Gerry Weber in der Ukraine wurde der Lohn während der Recherchen in 2020 gar mit monatelangen Rückständen und unvollständig gezahlt. Die Bekleidungsindustrie ist mit 90 Prozent und mehr weiblichem Beschäftigungsanteil das am niedrigsten bezahlte verarbeitende Gewerbe. Nähen ist einer der am schlechtesten

### Lieferketten, Preise und Löhne – Ein Beispiel

Im Südwesten Bulgariens nähern Heimarbeiterinnen für westeuropäische Bekleidungs- und Schuhmarken. Sie holen die halbfertigen Produkte aus der Fabrik ab und bringen die fertigen Stücke dorthin zurück. Für das Besticken einer Bluse, das pro Stück eine Stunde dauert, erhalten die Heimnäherinnen etwa 50 Cent. Die Fabrik, die die Bluse fertig zusammennäht, erhält etwa einen Euro vom Auftraggeber. Dieser wiederum sitzt oft in Griechenland oder der Türkei und erhält pro Bluse rund zwei Euro und ist der direkte Lieferant der Modemarke, die die Bluse für rund 50 Euro verkauft.

in Gefahr. Außerdem ergaben Befragungen, dass Gesundheitschutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung von COVID-19 am Arbeitsplatz unzureichend waren.

Weitere Verstöße gegen Menschenrechte sind Zwangsarbeit, z.B. bei untersuchten Hugo Boss-, Esprit- und Gerry Weber-Lieferanten in der Ukraine, Kroatien und Bulgarien sowie Repression gegen gewerkschaftliche Aktivitäten. Der Tatbestand der Zwangsarbeit entsteht laut der Internationalen Arbeitsorganisation, wenn Mindestlöhne erst dann gezahlt werden, wenn die Produktionsnormen (Akkord) in Überstundenarbeit erreicht werden. Diese Praxis herrscht in etwa 30 bis 50 Prozent aller Fabriken (Schätzung der Autorin).

Klare Übertretungen des nationalen Arbeitsrechtes wie Gesetzesverstöße bei Jahresurlaub, Urlaub im Krankheitsfall, Entlassung, Überstunden, Befristungen und Mutterschaftsurlaub werden praktisch aus jeder Fabrik berichtet.

### Labels und Siegel unwirksam

Für Modemarken zu arbeiten bedeutet also, extrem arm, chronisch überanstrengt, müde und eingeschüchtert – sowie der menschlichen Würde beraubt zu sein. Unterschiede zwischen Mitgliedsstaaten und Nicht-Mitgliedern der EU gibt es nicht. Und es ist kein Trend hin zu Verbesserungen sichtbar: Die Coronakrise hat zum Verlust von etwa 20 bis 30 Prozent des Lohnes und der Arbeitsplätze geführt. In fast allen Ländern der Region herrscht gleichwohl ein großer Arbeitskräftemangel. Neue Fabriken können keine Beschäftigten rekrutieren. Gewerkschaften können diese Lage jedoch bislang nicht für Lohnsteigerungen nutzen, auch weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter einem Prozent liegt. Die Abdeckung durch Tarifverträge ist noch geringer.

Während die Realität der Modeproduktion durch Verstöße gegen Menschen- und Arbeitsrechte gekennzeichnet ist,

bleibt es beim Engagement der Modemarken bei Worten: Hugo Boss, Gerry Weber, Olymp und Esprit traten Multistakeholder-Organisationen wie der *Fair Wear Foundation* (NL) oder der *Fair Labour Association* (USA) bei und nutzen „faire“ und „nachhaltige“ Label. Diese freiwilligen Initiativen konnten in den letzten 20 Jahren jedoch keinen Wandel für die Lage der Beschäftigten herbeiführen. Recherchen zeigen, dass freiwillige Verpflichtungen zudem ständig verletzt werden. Dies entspricht der langjährigen Erfahrung der *Clean Clothes Campaign*: Unternehmen treffen auf freiwilliger Basis nicht die Maßnahmen, die notwendig wären, um die Rechte der Beschäftigten entlang von Lieferketten effektiv zu schützen.

Gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte von 2011 haben Staaten sowie Modemarken die Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten entlang ihrer Lieferketten. Das deutsche Lieferkettengesetz hat jedoch entscheidende Defizite, die es den Beschäftigten erschweren, ihre Menschenrechte einzuklagen. Durch das Fehlen einer Haftung besteht kein wirklicher Zugang zur Nutzung von Rechtsmitteln – er muss auf Umwegen, unter großem Aufwand und mithilfe deutscher Organisationen erstritten werden. Und das Gesetz erkennt nur den Mindestlohn an, jedoch keinen existenzsichernden Lohn. Diese Defizite für eine entsprechende EU-Richtlinie zu beheben ist das Ziel der EU-Lieferkettengesetzinitiative, deren aktiver Teil auch die *Clean Clothes Campaign* ist. Jedoch versuchen interessierte Kreise, Europa bzw. die EU aus der Geltung der kommenden EU-Richtlinie herauszuhalten.

*Bettina Musiolek koordiniert die Arbeit der internationalen Clean Clothes Campaign in Mittelost-, Ost- und Südosteuropa einschließlich der Türkei. Seit 1998 recherchiert sie gemeinsam mit CCC-Organisationen aus den betreffenden Ländern zu den Arbeits- und Lohnbedingungen der Textilarbeiter\*innen.*



Näherin in der Ukraine (© Yevgenia Belorusets)